

# Masa'il

## Band 1

Eine gemeinsame Schriftenreihe des  
Instituts für Arabistik und Islamwissenschaft  
und des Zentrums für Islamische Theologie

Hrsg. von

Thomas Bauer  
Mouhanad Khorchide  
Norbert Oberauer  
Marco Schöller

# Das Verhältnis zwischen Islamwissenschaft und Islamischer Theologie

Beiträge der Konferenz Münster,  
1.-2. Juli 2011

Herausgegeben von  
Mouhanad Khorchide und Marco Schöller

 agenda Verlag  
Münster  
2012

Das diesem Bericht zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UD1100 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 agenda Verlag GmbH & Co. KG  
Drubbel 4, D-48143 Münster  
Tel.: +49(0)251-799610, Fax: +49(0)251-799519  
[www.agenda.de](http://www.agenda.de), [info@agenda.de](mailto:info@agenda.de)

Druck & Bindung: TOTEM, Inowroclaw, Polen

ISBN 978-3-89688-484-8

## Inhalt

Grußwort des Vertreters des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (HELGE KAHLER)	1
Grußwort des Vertreters des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (MICHAEL OBERKÖTTER)	5
Grußwort des Vertreters des Koordinationsrats der Muslime in Deutschland (ENGIN KARAHAN)	10
Grußwort der Rektorin der Westfälischen Wilhelms- Universität Münster (URSULA NELLES)	12
Grußwort im Namen des Instituts für Arabistik und Islamwissenschaft (THOMAS BAUER)	16
Grußwort im Namen der Professur für Islamische Religionspädagogik (MOUHANAD KHORCHIDE)	22
Eröffnungsvortrag (MARCO SCHÖLLER)	25
I. »Innensicht« – »Außensicht«	
JÜRGEN WERBICK: Teilnehmer- und Beobachterperspektive: Wissenschaftstheoretische Reflexionen	34
ANNETTE WILKE: Bekenntnisneutrales und bekenntnishafte Studium von Religion	42
DISKUSSION	50

## II. Disziplinäre Zugänge zum Islam

STEFAN REICHMUTH: Islamwissenschaft und Islamische Theologie im Streit der Fakultäten	61
PATRICK FRANKE: Islamwissenschaft und Islamische Theologie: Zur Schaffung gemeinsamer Kommunikationsräume	70
MOUHANAD KHORCHIDE: Islamwissenschaftliche und islamisch- theologische Forschung – Komplementäre Zugänge zum Islam	78
DISKUSSION	88

## III. Die Perspektive der Islamwissenschaft

RAINER BRUNNER: (Islamische) Theologie an der Universität- warum eigentlich?	100
GUUDRUN KRÄMER: Islamische Reform und gesellschaftliche Erneuerung oder: Was ist »kritische Islamwissenschaft«?	109
RÜDIGER LOHLKER: Islamwissenschaften – Bewegungen und Deterritorialisierungen	115
DISKUSSION	119

## IV. Philosophie- und Theologiegeschichte

HEIDRUN EICHNER: Philosophiegeschichte und Theologie- geschichte in islamwissenschaftlicher Perspektive	133
MILAD KARIMI: Die Notwendigkeit einer genuinen Islamischen Philosophie	144
SERDAR GÜNEŞ: Islamische Theologie im Spannungsfeld zwischen Glaubenslehre und Wissenschaft	150
DISKUSSION	157

V. Islamische Theologie als akademisches Fach	
MICHAEL KIEFER: Islamische Theologie in Deutschland – Akademischer Wegbereiter für einen zivilgesellschaftlich verträglichen Islam?	165
ALBRECHT FUESS: Die Einrichtung islamischer Theologien an deutschen Universitäten: Ziele und Verfahren	173
REINHARD SCHULZE: Islamische Studien und Islamwissenschaft: Sieben Thesen zur notwendigen Differenzierung	183
DISKUSSION	192
ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN	197
Bibliographische Angaben	208
Beitragende	215
DOKUMENTARISCHER ANHANG	
Pressespiegel (Januar 2010 – September 2011)	217

ALBRECHT FUESS (Marburg)

## Die Einrichtung islamischer Theologien an deutschen Universitäten: Ziele und Verfahren

Diese Tagung bietet die Möglichkeit darüber nachzudenken, was in den letzten anderthalb Jahren überhaupt passiert ist. Da ich teilweise als Akteur in diesem Prozess beteiligt war, kann ich durchaus aus erlebter Erfahrung mit Ihnen einen Blick auf die Chronologie der Ereignisse werfen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat Ende 2010/Anfang 2011 fünf deutsche Universitätsstandorte ausgewählt, um dort das Fach Islamische Theologie neu anzusiedeln oder weiterzuentwickeln. Für diesen Prozess hat das Ministerium angekündigt, in den nächsten Jahren circa 18 Millionen Euro auszugeben. Diese Entscheidung wird die theologische Landschaft in Deutschland und Europa entscheidend mitbestimmen. Ihr Einfluss wird langfristig auch im akademischen Umgang mit dem Islam in islamischen Ländern spürbar werden. Die im internationalen Vergleich sehr gut finanzierten deutschen Islamischen Theologien werden weltweite Aufmerksamkeit auf sich ziehen und ein Treffpunkt für internationale muslimische Theologen werden. Dies wird nicht morgen geschehen, aber mittelfristig sind die Weichen in diese Richtung klar gestellt worden.

Noch ist dieser Prozess nicht beendet, und die weitere Entwicklung wird nicht geradlinig verlaufen, da vielfältige lokale, aber auch internationale Interessen, die Komplexität des Themas in der Gründungsphase der jetzigen Hochschulstandorte vorerst noch erhöhen werden, bevor irgendwann dann ruhigeres Fahrwasser erreicht werden wird.

Im Folgenden möchte ich Ihnen aber erst einmal die turbulente Einführungsphase der Islamischen Theologie bis zum heutigen Tag näher skizzieren.

EINE KURZE VORGESCHICHTE »ISLAMISCHER THEOLOGIE« IN DEUTSCHLAND

Gerne wird im Hinblick auf die Einführung Islamischer Theologie und dem damit eng verknüpften Themengebiet des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland darauf verwiesen, hier ginge es um die verfassungsmäßig vorgeschriebene Gleichberechtigung der Religionen, und der Prozess der Implementierung diene der besseren Integration der Muslime in Deutschland.

Nach dem 11. September 2001 wurde verstärkt die Sicherheitsdebatte hinzugefügt, denn man müsse islamische religiöse Unterweisung aus den sprichwörtlich gewordenen Hinterhofmoscheen herausholen und ans Licht des öffentlichen staatlichen Erziehungssystems bringen. Diese Argumente haben ihre Bewandnis, aber mir scheint ein anderes Phänomen eine entscheidendere Rolle gespielt zu haben: die Macht des Faktischen. Mit der wachsenden Zahl von muslimischen Kindern an deutschen Schulen sahen sich die Rektoren und Lehrer mit dem Problem konfrontiert: Wohin mit diesen jungen Muslimen während des christlichen Religionsunterrichts der anderen Schüler? Eine erste Lösung war es oft – und ist es teilweise bis heute in einigen Bundesländern –, die jungen Muslime in das Fach Ethik zu schicken, das eigentlich für die nichtreligiösen bzw. nicht getauften Schüler gedacht war.

Neben dem Ausbau der Ethik-Schiene hat die Mehrzahl der Bundesländer mit größerem muslimischem Bevölkerungsanteil daneben deutschsprachige Schulversuche für muslimische Schüler initiiert, die unter folgenden Namen firmierten: Nordrhein-Westfalen führte 1999 das Fach »Islamkunde« als Schulversuch ein, in dem im Schuljahr 2009/2010 80 Lehrkräfte an 133 Schulen mit über 10.000 Schülern tätig waren. Bayern hat 2010 alles, was dort bisher an Schulprojekten existierte, zu einem einzigen Schulversuch zusammengefasst. Dieser heißt jetzt »Islamischer Unterricht«, in dem 70 Lehrer nach den Lehrplänen des sogenannten »Erlanger Modells« unterrichten. Die Vermeidung des Begriffes »islamischer Religionsunterricht« geht darauf zurück, dass hier noch verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Unterricht bestehen, da dem Staat auf islamischer Seite noch die staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft fehlt, die ähnlich wie die



Kirchen als Partner für einen richtigen »verfassungskonformen« Religionsunterricht dienen könnte.

Semantisch weiter gehen hier die Bundesländer Baden-Württemberg und Niedersachsen. In beiden Ländern heißen die Schulversuche im Vorgriff auf das beabsichtigte Endresultat bereits »islamischer Religionsunterricht«. Der Schulversuch in Baden-Württemberg startete 2006 an zwölf Grundschulen und sollte ursprünglich vier Jahre laufen. Nach einer Evaluierung wurde er ausgebaut und wird nun in einem Folgeprojekt bis 2014 an 17 Grundschulen und 6 Hauptschulen angeboten. In Niedersachsen sind momentan circa 40 Schulen am islamischen Religionsunterricht beteiligt. Daneben existieren in kleinerem Maßstab noch ähnlich geartete Schulversuche in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Nur Hessen hat von den Bundesländern mit großen muslimischen Bevölkerungsanteilen nichts Entsprechendes vorzuweisen.

Diese Entwicklungen ließen allerdings die Frage virulent werden, wo denn mittelfristig islamische Religionslehrer auszubilden seien, was für den christlichen Religionsunterricht in Deutschland bekanntlich an den Universitäten geschieht. Die bisherigen Angebote in Sachen Islamunterricht hatten bis dahin oft auf die religiöse Weiterbildung der Lehrer für den muttersprachlichen, vor allem den türkischen Unterricht gesetzt. Dies kann aber langfristig keine Option mehr sein, da die entsprechenden Angebote auslaufen werden. Nordrhein-Westfalen startete daher an der Universität Münster im Jahre 2004 mit der Einrichtung einer »islamischen Religionspädagogik«, Bayern zog 2004 in Erlangen mit »islamischer Religionslehre« nach, die Universität Osnabrück 2008 mit einem Schwerpunkt in Religionspädagogik, Baden-Württemberg begleitete seinen Schulversuch mithilfe der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe. Wegen der besonderen Landessituation in der Lehrerausbildung konnte islamische Religionspädagogik in Baden-Württemberg jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt noch nicht an einer Landesuniversität eingerichtet werden. Hessen führte nichts dergleichen ein, sondern zog vorerst die Ethik-Option für islamische Schüler vor. Soweit zur Darstellung des *bottom-up approach* der letzten Jahrzehnte in der Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts.

DIE DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ ALS KATALYSATOR

Nun ist eine Entwicklung in Gang gekommen, die ich als *top-down approach* bezeichnen möchte, der seit 2010 – durch die Islamkonferenz initiiert – den Religionsunterricht von oben her einführen möchte. Im September 2006 lud der damalige deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble zur Deutschen Islamkonferenz ein, um das zukünftige Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland konstruktiv anzugehen und herauszufinden, »wo wir in fünf, zehn oder in dreißig Jahren sein wollen und wie wir dorthin gelangen«.<sup>1</sup> Als die Islamkonferenz begann, herrschte unter den Teilnehmern von islamischer Seite und auch staatlicherseits auf Bundesebene bereits der Konsens vor, dass ein islamischer Religionsunterricht vorangebracht werden müsse, um eine Gleichberechtigung muslimischer Kinder zu erreichen und um den Bestimmungen der deutschen Verfassung zu entsprechen.

Am Ende der ersten Phase der Islamkonferenz kamen die Teilnehmer überein, dass islamischer Religionsunterricht bundesweit ermöglicht werden solle, und dass in diesem Zusammenhang die Einrichtung Islamischer Theologien so schnell wie möglich, analog zu den christlichen Theologien, erfolgen soll. Nur über den Weg zur Einführung eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts herrschte Unklarheit. Einige Teilnehmer sprachen sich dafür aus, in diesem Bereich mögliche juristische Übergangslösungen zu tolerieren, solange noch keine islamische Gruppierung als offizielle Religionsgemeinschaft endgültig anerkannt sei. Doch über diesen Passus des Zwischenresümees der Arbeitsgruppe, die den Islamischen Religionsunterricht behandelte, konnte keine Übereinkunft erzielt werden.

DIE EMPFEHLUNGEN DES DEUTSCHEN WISSENSCHAFTSRATS

Parallel zu den Sitzungen der Deutschen Islamkonferenz installierte der Wissenschaftsrat im Jahr 2008 eine Arbeitsgruppe zur Weiter-

---

<sup>1</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.09.2006.

#### Islamische Theologien an deutschen Universitäten

entwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Universitäten. Die Arbeitsgruppe bestand laut ihres Vorsitzenden Professor Lutz Raphael aus Mitgliedern der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, und zwar aus den Fächern Geschichte, Philosophie, Biologie sowie externen Sachverständigen aus der Katholischen und Evangelischen Theologie, der Judaistik, der Islamwissenschaft und der Religionswissenschaft. Da die Frage der Theologie aber so eng mit dem Religionsverfassungsrecht zusammenhänge, war auch die Rechtswissenschaft vertreten. Dafür war meines Wissens jedenfalls kein muslimischer Theologe und kein Muslim Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Da keine Liste der Kommission herausgegeben wurde, ist man hier leider auf Vermutungen angewiesen. Die Expertise von islamischen Theologen hörte man aber wohl im Laufe der Treffen der Arbeitsgruppe an.

Am 29. Januar 2010 publizierte die Arbeitsgruppe ihre Empfehlung. In dieser Empfehlung forderte man die Einrichtung von zwei bis drei Standorten von sogenannten Islamischen Studien an deutschen Universitäten. An den neuen Hochschulstandorten sollten bereits begleitende Fächer des religions- beziehungsweise islamwissenschaftlichen Bereichs vorhanden sein. Um aus verfassungsrechtlicher Sicht die gewünschte Beteiligung von Muslimen zu gewährleisten, sollten dort begleitende islamisch-theologische Beiräte eingesetzt werden, die analog zu den Kirchen bei der Berufung von Professuren und der Ausgestaltung des Lehrangebots mitwirken sollen. Die Effektivität dieses Beirats sollte dann nach fünf Jahren überprüft werden. Im Laufe des Jahres 2010 hielt der Wissenschaftsrat dann zwei Konferenzen ab, um seine Empfehlungen bekannt zu machen: Im Juni 2010 in Berlin unter dem Titel »Vielfalt der Religion – Theologie im Plural«, dann im Juli in Köln mit dem Titel »Islamische Studien in Deutschland«.

#### DIE INITIATIVE DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG

Bereits Ende Januar 2010 folgte die Initiative des Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft. Praktisch zeitgleich mit der Veröffentlichung des Berichts des Wissenschaftsrats kündigte Minis-

terin Annette Schavan an, die Empfehlung des Wissenschaftsrats bezüglich der Islamischen Studien aufgreifen zu wollen.

Im Frühsommer 2010 forderte das Bundesministerium die Wissenschaftsministerien der Länder auf, Bewerbungen für diese geplanten zwei bis drei Standorte einzusenden. Allerdings könne der Bund wegen der spezifischen Bund-Länder-Situation in Hochschulfragen nur eine – allerdings sehr gute – Anschubfinanzierung offerieren. Die Länder müssten dann die eingerichteten Professuren verstetigen. Im Laufe des Sommers erhöhte sich die Anzahl der vom Ministerium offerierten Standorte dann auf drei bis vier Universitäten. Pro Bundesland war aber nur die Bewerbung eines einzelnen Hochschulstandortes erlaubt. Die Bewerbungen hatten sich dediziert auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu beziehen. Im Laufe des Verfahrens wurde dann schließlich auch die Option einer zweiten Auswahlrunde ins Gespräch gebracht.

Erwartungsgemäß beteiligten sich im ersten Durchgang die großen fünf Bundesländer, die wegen ihrer Bevölkerungsstruktur am ehesten islamischen Religionsunterricht benötigen: Nordrhein-Westfalen mit der Universität Münster, Niedersachsen mit der Universität Osnabrück, Bayern mit der Universität Erlangen, Baden-Württemberg mit der Universität Tübingen und Hessen mit der gemeinsamen Kandidatur der Universitäten Marburg und Gießen. Das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hatte im Jahre 2006 im Rahmen einer hessenweiten Zentrenbildung alle Orientfächer, unter anderem auch die Islamwissenschaft, in Marburg zusammengezogen und sah daher dort die Vorgaben des Wissenschaftsrats in Kombination mit der Grundschulpädagogik in Gießen am besten erfüllt.

Nach Beratung einer Fachkommission verkündete Ministerin Annette Schavan am 14. Oktober 2010 dann die ersten beiden Kandidaten: Die Universität Tübingen erhielt einen klaren Zuschlag. Daneben wurden die Universitäten Osnabrück und Münster aus Gründen der Synergie – etwas überraschend für die beteiligten Wissenschaftler beider Institutionen – zu einem einzigen Zentrum fusioniert und werden in Zukunft über die nahe Landesgrenze hinweg kooperieren. In Fragen der Lehrerausbildung werden die Zusammenarbeitsmög-

lichkeiten aber wegen der bekannten Länderautonomie sicherlich limitiert sein.

Gleichzeitig wurde eine zweite Runde für Anfang 2011 angekündigt, in der noch zwei weitere Kandidaten ausgewählt wurden. Bayern schickte nach wie vor Erlangen ins Rennen. In Hessen änderte sich die Kandidatenlage: Kurz nach der Entscheidung des BMBF verkündete der Vizepräsident der Universität Frankfurt, Matthias Lutz-Bachmann, er sei sehr optimistisch, dass die Universität Frankfurt – die pünktlich zum Wintersemester 2010 mithilfe ihrer seit 2003 von der türkischen Religionsbehörde Diyanet finanzierten Stiftungsprofessuren einen Studiengang Islamische Studien eingerichtet hatte – den Zuschlag in einer zweiten Runde erhalten würde. Zum damaligen Zeitpunkt war Marburg immer noch der offizielle hessische Kandidat. Eine nähere Erklärung für seinen Optimismus gab Lutz-Bachmann nicht. Tatsächlich aber sollte er Recht behalten, denn Frankfurt gelang es offensichtlich, das hessische Wissenschaftsministerium mit seinen Argumenten zu überzeugen. Die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann unterstrich aber, Marburg bleibe im Hinblick auf eine gesamthessische Lösung für den islamischen Religionsunterricht eingebunden. Im Februar 2011 verkündete Frau Schavan dann, die beiden verbliebenen Kandidaten, nämlich die Universität Erlangen und die Universitäten Frankfurt-Gießen, seien jetzt zusätzlich ausgewählt worden.

#### DIE FRAGE DES BEIRATS UND DES WISSENSCHAFTLICHEN PERSONALS

Neben der etwas irreführenden Bezeichnung »Islamische Studien«, die sich in der Praxis aber nicht durchzusetzen scheint, da jetzt hauptsächlich der Terminus »Islamische Theologie« verwendet wird, und der zusätzlich fehlenden Transparenz des Verfahrens, kam innerhalb der Islamwissenschaft als Hauptkritikpunkt die unklare Rolle des wissenschaftlichen Beirats für Islamische Theologie auf, welcher vom Wissenschaftsrat gefordert wurde. Offensichtlich sollten den Beiräten laut Vorstellung des Wissenschaftsrats ähnliche Vetorechte bei der Ernennung der Professuren zugestanden werden wie das auch bei den christlichen Kirchen der Fall ist, im Falle der islamischen Beiräte aber ohne gesetzliche Grundlage. Die Einrichtung von Beirä-

ten scheint aber sehr wichtig und sie wird zum Beispiel Auswirkungen haben, falls Professoren – wie hier in Münster im Fall von Prof. Muhammad Kalisch geschehen – ihre Glaubensauffassung so stark ändern, dass islamische Verbände, die in einem islamisch-theologischen Beirat vertreten sind, eine Ausbildung von islamischen Lehramtsstudierenden an einem entsprechenden Hochschulstandort ablehnen.

Es kann aber auch zur Einflussnahme seitens der Herkunftsländer der Muslime kommen. In diesem Zusammenhang ist in erster Linie der eben schon angesprochene türkisch-islamische Verband der DİTİB (*Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*) zu nennen, dessen Verbindungen zur staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet personell und institutionell doch noch so eng sind, dass bei vielen Forderungen seitens der DİTİB in Deutschland ein staatliches Interesse der Türkei dahinter vermutet werden kann.

Als erste Universität hat nun die Universität Tübingen in einer Pressemitteilung am 3. Mai 2011 ihren wissenschaftlichen Beirat vorgestellt, der sich exklusiv auf zwei türkische, einen bosnischen Verband und die theologischen Fakultäten in Ankara und Sarajevo stützt. Der DİTİB werden dabei drei von sieben Plätzen dieses Beirates zugestanden. An der Universität Frankfurt kann der Einfluss der bisherigen Stifterin Diyanet noch höher vermutet werden. Vermutlich sieht man dort auch deshalb von der Einrichtung eines Beirats ab, denn man fühlt sich durch die Stifterin bereits ausreichend beraten.

Die Universitäten Osnabrück und Münster scheinen eher eine Kooperation mit lokalen islamischen Verbänden und der lokalen DİTİB anzustreben. Im Februar 2011 hat die Schulministerin Nordrhein-Westfalens Sylvia Löhrmann mit den Vertretern des Koordinationsrats der Muslime eine Kooperationserklärung für den islamischen Religionsunterricht abgeschlossen.<sup>1</sup> Auch in Niedersachsen

---

<sup>1</sup> Diese Kooperationsvereinbarung wurde am 22.02.2011 abgeschlossen, siehe: »Durchbruch beim Religionsunterricht in NRW«, 22.02.11 ([www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de](http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de)).

wird von offizieller Seite eine Übereinkunft zwischen dem sogenannten islamischen Rat – der »Schura« – und der DITIB Niedersachsen angestrebt, damit eine möglichst breite Basis der organisierten Muslime in Niedersachsen als Kooperationspartner des Staates agieren können. Falls diese Länderabkommen sich als tragbar erweisen, steht zu vermuten, dass sich das auch in der Beiratsstruktur der Universitäten wiederfinden wird.

Als unmittelbares Problem der sehr schnell erfolgten Einführung von Islamischer Theologie in Deutschland erweist sich der Sachverhalt, dass in kurzer Zeit sehr viele Professuren ausgeschrieben wurden, obwohl das Angebot an geschultem islamisch-theologischen Personal immer noch sehr begrenzt ist. Tübingen hat im März 2011 vier Professuren für Islamische Theologie ausgeschrieben, Osnabrück ließ im April 2011 zwei weitere folgen. Erlangen suchte 2011 drei neue Professuren, Münster ebenfalls eine und auch in Frankfurt soll zumindest eine neue Professur eingerichtet werden, nachdem zuerst die zwei Diyanet-Stiftungsprofessuren in Regelprofessuren umgewandelt worden sind.

Die Suche des Jahres 2011 aber war mangels geeignetem Personal noch nicht überall von Erfolg gekrönt. So wurden aus den ausgeschriebenen vier Professuren in Tübingen am Ende ein Professor und zwei Juniorprofessoren. Dennoch werden in nächster Zeit circa zehn Professoren der Islamischen Theologie in Deutschland neu ihre Arbeit aufnehmen. Dann werden wir bei einem möglichen nächsten Treffen in Münster eine ganz andere Anwesenheit von Islamischen Theologen spüren. Einige dieser Professuren sollten meines Erachtens aber eher als Gastprofessuren besetzt werden, um dem wissenschaftlichen Nachwuchs der deutschen islamischen Theologie, den man in den nächsten Jahren an den fünf Standorten ausbilden wird, die Perspektive einer Hochschulkarriere offen zu lassen. Dies wäre nicht möglich, wenn man jetzt alle Stellen auf einmal besetzt.

#### ZUSAMMENFASSUNG

Noch vor anderthalb Jahren war die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Einführung von Islamischer Theologie an deutschen Hochschulen selbst für Wissenschaftler, die sich in diesem Bereich seit

ALBRECHT FUESS

mehreren Jahren auskannten, kaum zu erahnen. Eher stand zu vermuten, dass der Bedarfs an islamischem Religionsunterricht in den Ländern weiterhin zunehmen würde. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat im Zuge der in der Islamkonferenz besprochenen Thematik beschlossen, diesen Prozess durch den Bund zu beschleunigen und, so wie es sich jetzt darstellt, auch irreversibel zu machen. Die Islamische Theologie ist an deutschen Universitäten fest eingeführt. Sie wird – wie ihr christliches Pendant – nicht mehr zu vertreiben sein und warum auch?

Das deutsche Schulwesen benötigt die Lehrer für den islamischen Religionsunterricht. 700.000 muslimische Schüler ergeben einen Bedarf von mindestens 2.000 Lehrern. Gesellschaftspolitisch ergibt sich hier ein großes Potential für die Einbindung von jungen Muslimen in den Staatsdienst, denen dieser Weg sonst nicht so einfach offenstehen würde, deren Mitwirkung in der Ausbildung zukünftiger Generationen aber dringend benötigt wird. Gleichzeitig bedeutet dieser Vorgang einen weiteren Schritt hin zur institutionellen Einbindung des Islams in den Rahmen des deutschen Religionsverfassungsrechts und damit auch zu einer religiösen Gleichberechtigung der Muslime. Warum das aber gerade jetzt und in einer wirklich atemberaubenden Geschwindigkeit veranlasst werden musste, anstatt weiter über die nächsten Jahre natürlich zu wachsen, liegt wohl in der Logik des politischen Feldes begründet.